

## **Der ambivalente Frieden – Die Friedensforschung vor neuen Herausforderungen**

*Ines-Jacqueline Werkner & Ulrike Kronfeld-Goharani*

Das Ende des Ost-West-Konflikts und des Kalten Krieges haben das internationale System verändert: Es kam zu einem Zusammenbruch der Sowjetunion und des sozialistischen Systems in Europa. In den sozialistischen Staaten begannen tiefgreifende politische und wirtschaftliche, zu einem Großteil auch staatliche Transformationsprozesse in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft. Die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bestehenden bipolaren Strukturen lösten sich auf und damit auch die unmittelbaren Bedrohungen der nationalen Territorien in Europa. Diese Situation weckte zunächst Hoffnungen auf eine Friedensdividende. In diesem Kontext sprach Francis Fukuyama (1992) gar vom „Ende der Geschichte“.

Mittlerweile dominieren jedoch Begriffe wie „neue Kriege“, „Terrorismus“ und „militärische Intervention“. Die Anschläge vom 11. September 2001, der transnationale Terrorismus oder auch die Situationen auf dem Balkan, im Irak oder in Afghanistan lassen Zweifel an einem friedlichen Europa und friedlicheren internationalen Beziehungen aufkommen. So besteht die Situation, dass mit dem Ende des Kalten Krieges Krieg in Europa wieder Realität geworden ist. Damit ist die internationale Gemeinschaft – aber auch die Europäische Union als die Zivilmacht Europa – zunehmend gefordert, auf die aktuellen Krisenherde und Konflikte eine Antwort zu finden.

Angesichts dieser Situation soll – 20 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges – die Ambivalenz gegenwärtiger Friedenspolitik mit ihren Problemen, Herausforderungen und Perspektiven näher in den Blick genommen und einer kritischen Analyse unterzogen werden.

### **1 Das Ende des Kalten Krieges – Paradigmenwechsel in der Friedenspolitik?**

„Si vis pacem para pacem!“ – wenn du den Frieden willst, bereite den Frieden vor. Zu Zeiten des Kalten Krieges bedeutete dies, Krieg und militärische Gewalt unter allen Umständen zu verhindern. Angesichts der existierenden atomaren Gefahr zwischen Ost und West galt: „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, der Friede

ist der Ernstfall, in dem wir uns alle zu bewähren haben, weil es hinter dem Frieden keine Existenz mehr gibt.“<sup>1</sup> Besitzt der viel zitierte Satz aber auch heute noch Gültigkeit? Oder allgemeiner gefragt: Welche Auswirkungen zeitigt die neue sicherheitspolitische Konstellation auf die Friedenspolitik? Inwieweit geht mit dem Ende des Kalten Krieges ein Wandel in der Friedenspolitik einher? Sind Paradigmenwechsel erkennbar?

Auch wenn man nicht vom „Ende der Geschichte“ sprechen kann, so lässt sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und des Kalten Krieges ein Wandel des internationalen Systems, verbunden mit einer völlig veränderten sicherheitspolitischen Konstellation, feststellen. Seinen Ausdruck findet dies u. a. in der Diskussion um die so genannten „neuen Kriege“. Vertreter wie Mary Kaldor (1999) oder Herfried Münkler (2002) konstatieren mit dem Ende der Bipolarität einen Übergang von klassischen, zwischenstaatlichen Kriegen im Sinne von Clausewitz zu neuen Kriegen, gekennzeichnet durch das Auftreten privater, nicht-staatlicher Gewaltakteure, eine Aufhebung der nationalen Trinität (Volk, Heer, Regierung), den Verlust des staatlichen Gewaltmonopols, eine in der Regel niedrige Intensität von Kriegen, verbunden mit einem Zustand, der weder als Krieg noch als Frieden bezeichnet werden kann, und eine zunehmend asymmetrische Kriegführung. So wird auch das Auftreten des transnationalen Terrorismus als Teil dieser neuen Kriege verstanden. Dabei ist der Begriff der „neuen Kriege“ nicht unumstritten. Mittlerweile existiert eine breite Diskussion zu Kriegsbegriffen und Kriegstheorien (zusammengefasst in Geis 2006). Zu den Kritikern an der Begrifflichkeit der neuen Kriege gehört u. a. auch Christopher Daase (vgl. Beitrag in diesem Band). Danach sei die gegenwärtige Diskussion oberflächlich und verstelle den Blick auf das eigentlich und historisch Neue, das darin bestehe, militärische Gewalt zur Durchsetzung des internationalen Rechts einzusetzen.

Abgesehen von der Debatte um das Neue an den „neuen Kriegen“ muss ein Wandel des internationalen Systems dahingehend konstatiert werden, dass mit dem Ende des Kalten Krieges Kriege wieder führbar geworden sind. Damit verbunden ist der Anspruch der internationalen Gemeinschaft, militärischen Konflikten auf globaler Ebene entgegenzuwirken einschließlich des Schutzes der Menschenrechte. Diese Konstellation hat zum Konstrukt internationaler militärischer Interventionen und damit zu einer Entwicklung geführt, die in der Friedensforschung durchaus als ambivalent betrachtet und diskutiert wird. Im Kern geht es um die Frage, inwieweit Gewalt im Dienste des Friedens erlaubt sein kann.

In diesem Kontext stehen insbesondere zwei neue theoretische Ansätze im Fokus der Betrachtung: das völkerrechtliche Konzept der *Responsibility to Protect* sowie die theologische bzw. kirchliche Konzeption des gerechten Friedens.

---

1 Gustav Heinemann in einer Rede von 1964. Unter: <http://www.bundespraesident.de/dokumente/-/2.11989/Rede/dokument.htm> (Stand: 07.09.2010).

Das Konzept der *Responsibility to Protect* konstatiert eine Schutzverantwortung und wird als Pflicht der Staatengemeinschaft zum Schutz des Menschen vor schweren Menschenrechtsverletzungen verstanden. Es bezieht sich auf alle Phasen eines Konflikts: auf die Pflicht zur Prävention, zur Reaktion und zum Wiederaufbau. Zugleich basiert es auf einem neuen Souveränitätsbegriff, wonach sich die Souveränität des Staates an der seiner Bürger messen lassen müsse. Offene Fragen bzw. Hindernisse dieses Konzeptes liegen vor allem in der Konkretisierung der Träger (Wer kann beanspruchen, für den oder die Menschen zu urteilen?) und der Kriterien der Schutzverantwortung, in Fragen nach der Schwelle des Eingreifens (Was bedeutet *ultima ratio*?), den Ressourcen (*stand-by-forces*) sowie der Überwachung und Umsetzung der Schutzverantwortung (vgl. Beitrag von Hans-Joachim Heintze in diesem Band).

In der christlichen Friedensethik hat sich die Konzeption des gerechten Friedens herausgebildet. Perspektivisch liegt dem gerechten Frieden eine „kooperativ verfasste Ordnung ohne Weltregierung“ (EKD 2007: 86) mit einem System kollektiver Sicherheit zugrunde. Zu seiner Verwirklichung ist der gerechte Frieden auf das Recht angewiesen (EKD 2007: 85), das wiederum „auf Durchsetzbarkeit angelegt“ ist (EKD 2007: 98). Damit stellt sich dann auch die Frage nach den ethischen Kriterien des Gewaltgebrauchs. Diesbezüglich steht der Terminus der „rechtserhaltenden Gewalt“ im Fokus der Friedensdenkschrift, verbunden mit der Absage an die Lehre vom gerechten Krieg. Thomas Hoppe (vgl. Beitrag in diesem Band) spricht in diesem Kontext von einem Perspektivwechsel, fokussiert aber auch auf das eigentliche Dilemma – oder sogar die Aporie – militärischer Gewaltanwendung: den Zwiespalt zwischen den Erfahrungen mit der Entgrenzung der Gewalt auf der einen und der Kapitulation vor fremder, ungerechter Gewalt zulasten schutzloser Dritter auf der anderen Seite.

In der Friedensforschung gibt es aber auch Vertreter wie Dieter Senghaas, die dem ‚fundamentalen‘ Wandel des internationalen Systems mit dem Ende des Kalten Krieges widersprechen. So habe zwar die Kooperation und Zusammenarbeit insbesondere zwischen West und Ost zugenommen, von einer vollständig neuen Konstellation könne aber nicht gesprochen werden. Nicht funktioniert habe beispielsweise der Wandel im Bereich der Rüstung. Hier bestehe das Problem insbesondere in der qualitativen Aufrüstung, so dass Schritte einer quantitativen Abrüstung oder auch Anstrengungen wie auf dem Nukleargipfel in Washington im Januar 2010 verhallen müssen. Auch im Hinblick auf die Dritte Welt sei kein Durchbruch erreicht worden; es existiere noch immer eine Westfokussierung und eine asymmetrische Interdependenz. Angesichts dessen bestünden die globalen Probleme weiterhin fort und zeigten sich in Form einer zerklüfteten Welt, einer kontroversen Weltordnungspolitik oder im Konflikt über ein Weltrecht (vgl. Beitrag von Dieter Senghaas in diesem Band).

## 2 20 Jahre nach dem Systemwandel – Die EU ein innereuropäisches Friedensprojekt?

Eine andere friedenspolitische Perspektive eröffnet die Europäische Union. Sie wird häufig als die Zivilmacht Europa bezeichnet. Damit verbunden ist die Vorstellung eines Europas, das seine Rolle in der Welt nicht über militärische Macht definiert, sondern durch *Soft Power* – durch kulturell-zivilisatorische Attraktivität, durch eigene Überzeugungs- und Anziehungskraft, ohne Zwangsmaßnahmen anzuwenden (u. a. Duchêne 1973; Schlotter 2003; Nye 2004).

Verfügt nun aber die Europäische Union über ausreichend Handlungsmöglichkeiten und Einflusschancen, sich als Friedensmacht zu behaupten? Kann sie sich das Zivilmachtkonzept zunutze machen und auf diese Weise zum Weltfrieden beitragen? Timm Beichelt untersucht diese Fragen am Beispiel des Systemwechsels in Mittel- und Osteuropa. Dabei sei eine ungleiche Verteilung der Demokratie- und Friedensdividenden in den Ländern Mittel- und Osteuropas feststellbar. Insbesondere in hybriden Systemen – wie man sie beispielsweise teilweise auf dem Balkan, in Moldawien, Georgien oder Armenien vorfinde – bestehe eine verstärkte Neigung zur gewalttätigen Austragung von Konflikten. Dagegen hätten sich die neuen EU-Mitgliedstaaten zu demokratischen, friedlichen und global agierenden Akteuren der Sicherheitspolitik entwickelt (vgl. Beitrag in diesem Band). Friedenspolitisch stellt sich eine Reihe von Fragen: Inwieweit können die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa als ein Beitrag zum Frieden in Europa gewertet werden? Inwieweit beeinflusste die Aufnahme mittel- und osteuropäischer Staaten in die Europäische Union ihren Wandel hin zu Marktwirtschaft und Demokratie? Wäre die zu verzeichnende Entwicklung auch ohne die Anziehungskraft der Europäischen Union in diese Richtung verlaufen? Eine wesentliche Herausforderung bestand und besteht in diesem Kontext aber auch darin, mit einem solchen elementaren Erweiterungsprozess nicht die Funktions- und Integrationsfähigkeit der EU zu überfordern (vgl. auch Beichelt 2004).

Daran schließt sich unmittelbar eine weitere friedenspolitisch relevante Thematik an: das Verhältnis der Europäischen Union zu ihrer Nachbarschaft. Die 2004 ins Leben gerufene Europäische Nachbarschaftspolitik umfasst die Beziehungen der Europäischen Union zu insgesamt sechzehn Staaten – zu zehn Staaten an ihrer südlichen Peripherie, die seit 1995 auch im Rahmen der Euro-Mediterranen Partnerschaft zusammenarbeiten, sowie zu sechs Staaten an ihrer östlichen Peripherie, die seit 2009 gleichfalls im Kontext der Östlichen Partnerschaft miteinander kooperieren. Obwohl Russland ebenfalls ein Nachbar der Europäischen Union ist, werden die EU-Russland-Beziehungen separat behandelt (vgl. u. a. Koopmann/Lequesne 2006; Kernic 2007; Varwick/Lang 2007). Mit dem Ende des Kalten Krieges spielen insbesondere die Außenbeziehungen

der Europäischen Union zu ihren östlichen Nachbarn eine zentrale Rolle. Diese sind geprägt durch ein Wechselspiel zwischen Grenzauflösung und Grenzverschiebung, zwischen Inklusion und Exklusion (vgl. Beitrag von Regina Heller in diesem Band). In ihrer Sicherheitsstrategie formulierte die Europäische Union als wesentliches Ziel „Building Security in our Neighbourhood“ (EU 2003). – Aber was bedeutet dies konkret für die Europäische Union und ihre Nachbarschaft? Erweisen sich die von der Europäischen Union verfolgten Strategien – beispielsweise der Europäischen Nachbarschaftspolitik und der Östlichen Partnerschaft – als geeignet, dieses Ziel zu erreichen? Im Hinblick auf die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union steht vor allem eine Frage im Fokus der Debatte: Was macht die Europäische Union aus? Wo liegen ihre Grenzen? Wer kann dazu gehören und wer muss außen vor bleiben?

Im Hinblick auf die Frage, wie die Europäische Union ihre Außenbeziehungen gestaltet, erweist sich insbesondere auch ihre Rolle als Konfliktbearbeiter (vgl. u.a. Tocci 2007) als essentiell. Dies trifft in besonderer Weise für ihre östliche Peripherie zu. So hat sich zwischen der Europäischen Union und Russland eine Art „Zwischen-Europa“ herausgebildet, das politisch heterogen und wirtschaftlich schwach sowie durch Konflikte und Instabilitäten charakterisiert ist. Geografisch spannt sich der Bogen von der Ostsee bis in den Raum zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer und umfasst Staaten wie die Ukraine und Weißrussland sowie die Länder im Südkaukasus. Mit den weltpolitischen Veränderungen Anfang der 1990er Jahre ist dieser Raum zu einem machtpolitischen Vakuum geworden, in dem grundsätzliche hegemoniale Interessen Russlands und der USA mit unmittelbaren Implikationen für die Europäische Union aufeinander treffen (vgl. u. a. Werkner 2009: 95-99). Matthias Dembinski nimmt die Friedenspolitik der EU am Beispiel des Südkaukasus näher in den Blick. Auch diese Region ist durch Krisen und Konflikte geprägt. Dazu gehören u. a. der noch ungelöste Konflikt um die beiden abtrünnigen Provinzen Abchasien und Südossetien oder auch der Konflikt um Berg-Karabach. Im Fokus seiner Untersuchung stehen die Bedingungsfaktoren europäischer Friedensbemühungen. Dabei geht er der Frage nach, welche Instrumente, Strategien und Zielsetzungen die Europäische Union im Südkaukasus verfolgt, was das Spezifische ihrer Friedenspolitik ist und worin diese sich von anderen Politiken unterscheidet (vgl. Beitrag in diesem Band).

### **3 Aktuelle Krisenherde der Welt – Probleme und Perspektiven einer friedensverträglichen Sicherheitspolitik**

Gleichfalls lässt ein Blick auf Konflikte außerhalb Europas Herausforderungen, Probleme und Ambivalenzen gegenwärtiger Friedenspolitik zutage treten. Die aktuellen Krisenherde der Welt wie Irak, Afghanistan, Iran und Pakistan haben eines gemeinsam: Sie stehen in enger Verbindung mit dem Bemühen der internationalen Gemeinschaft, Menschenrechte auf globaler Ebene durchsetzen zu wollen, Rechtsstaatlichkeit zu fördern und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, insbesondere nuklearer, zu verhindern. Mit welchen Mitteln versucht nun die internationale Gemeinschaft, diese Ziele zu erreichen? Und wie kann eine friedensverträgliche Sicherheitspolitik aussehen? Wie gestaltet sich beispielsweise die Zukunft des Irak? nach dem Ende der amerikanischen Offensive? Welche Chancen und Gefahren birgt der internationale Einsatz in Afghanistan? Wie reagiert die internationale Gemeinschaft auf das Atomprogramm des Iran? Und was geschieht mit dem Krisenherd Pakistan?

Nach den verheerenden Anschlägen vom 11. September 2001 wurde der Kampf gegen den Terrorismus zum bestimmenden Ziel. Einsätze der USA und ihrer Verbündeten im Irak sowie der NATO und der internationalen Gemeinschaft in Afghanistan waren wesentlich davon geprägt, Terroristen zu verfolgen und Terrorlager aufzuspüren sowie im Irak eine Regierung zu stürzen, die angeblich im Besitz von Massenvernichtungswaffen war.

Ende August 2010 zogen die letzten Kampftruppen – wie von Präsident Barack Obama im Wahlkampf 2008 versprochen – aus dem Irak ab. Etwa 50.000 Soldaten bleiben zur Unterstützung der zivilen Behörden und zur Terrorbekämpfung noch bis Ende 2011 im Land stationiert. Doch wie sieht die Strategie danach aus? Hat das Land mittlerweile an genügend Stabilität gewonnen? Oder wird der Irak nach Abzug der Truppen in einen Bürgerkrieg zurückfallen? Wie sind die gegenwärtigen Ziele und Strategien sowie das aktuelle Vorgehen Barack Obamas und der internationalen Gemeinschaft zu bewerten? (vgl. Beitrag von Heinz Gärtner in diesem Band)

Ähnlich gestaltet sich die Situation in Afghanistan. Auch acht Jahre nach Beginn der Intervention in Afghanistan sind die ursprünglich angestrebten Ziele – Terrorismusbekämpfung, Staatsaufbau und Einführung von Demokratie und Menschenrechten – nicht erreicht worden. Im Gegenteil, während die Internationale Gemeinschaft noch über Zielsetzung und die zu wählenden Instrumente berät, spitzt sich die Situation in Afghanistan weiter zu. Sinn, Zweck und Ziel des Einsatzes werden immer häufiger hinterfragt. Ist die militärische Intervention überhaupt der richtige Ansatz? Und wie kann es in Afghanistan unter der Perspektive einer zivilen Konfliktlösung weitergehen? Experten aus Politik, Wissenschaft, Kirche und Militär widmeten sich diesen Fragen. Im Rahmen einer

öffentlichen Podiumsdiskussion zu „Wie weiter in Afghanistan?“ wurden verschiedene Perspektiven in den Blick genommen und Lösungsansätze diskutiert (vgl. Podiumsdiskussion in diesem Band).

Einen weiteren Krisenherd stellt Iran dar. Bereits seit Jahren fordert die dortige Regierung mit ihrem ambitionierten Nuklearprogramm die internationale Staatengemeinschaft heraus, die das islamische Land verdächtigt, unter dem Deckmantel der Stromerzeugung nach Atomwaffen zu streben. Weder internationale Proteste noch die VN-Resolutionen konnten bisher verhindern, dass der Iran sein Atomprogramm unbeirrt weiterführt. Als problematisch erweist sich dabei nach wie vor die Zugehörigkeit Irans zum Nichtweiterverbreitungsvertrag (NVV), der den Staaten bei einem Verzicht auf Nuklearwaffen im Gegenzug das Recht auf die friedliche Nutzung der zivilen Kernenergie zuspricht. Irans Nuklearprogramm hat die Krise des Vertrages, dessen diskriminierender Charakter häufig kritisiert wird, weiter verschärft. Michael Brzoska geht dieser Thematik nach (vgl. Beitrag in diesem Band). Er untersucht, wie die Zukunft des iranischen Atomprogramms aussehen könnte, welche Bedeutung diesem für die Krisenregion Nahost zukommt und inwieweit die im Mai 2010 beschlossenen Sanktionen der internationalen Gemeinschaft Aussicht auf Erfolg haben werden.

Ein ganz anderes, nicht weniger beunruhigendes Bild zeigt sich in Pakistan. Pakistan gilt als einer der gefährlichsten Krisenherde der Welt. Unter allen Staaten, die derzeit über Kernwaffen verfügen, ist Pakistan zweifellos der instabilste. Nach Kriterien von Staatlichkeit weist Pakistan Züge eines *failing state* auf. Das amerikanische Friedensforschungsinstitut „The Fund for Peace“ hat das Land unter die Top Ten seiner Indizes zerbrechender Staaten gesetzt. Die in Pakistan operierenden Islamisten haben ihren Aktionsradius in den letzten Jahren zusehends ausgeweitet. Auch die Terrororganisation Al-Qaida ist nach wie vor in Pakistan aktiv. Zudem ist das Verhältnis Pakistans zu Indien durch Krieg und Gewalt geprägt. Die beiderseitigen Ansprüche um die Kaschmirregion waren bereits Anlass mehrerer Kriege zwischen Indien und Pakistan, womit sich auch zwei Atommächte gegenüberstehen. Jakob Rösel (vgl. Beitrag in diesem Band) nimmt die aktuelle Situation Pakistans näher in den Blick. Dabei stellt sich insbesondere die Frage, wie die internationale Gemeinschaft auf eine derartige Konfliktkonstellation reagieren kann.

Abschließend wird ein Blick in die Zukunft gewagt und über die Herausforderungen des Klimawandels für die Friedenspolitik nachgedacht. Helmut Breitmeier (vgl. Beitrag in diesem Band) stellt zunächst infrage, ob der Klimawandel überhaupt als Sicherheitsproblem aufzufassen ist. Er zeichnet die Entwicklung des Konzepts der ökologischen Sicherheit nach. Dabei zeigten schon erste empirische Untersuchungen, dass Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit nie die alleinige Ursache für das Entstehen gewaltförmiger Konflikte sind und dass umweltinduzierte Konflikte sich aufgrund der Degradation erneuerbarer Ressourcen vor allem

in sozio-ökologischen Krisenregionen der Entwicklungsländer und Transformationsgesellschaften zu entwickeln scheinen (Bächler, u.a., 1996; Homer-Dixon, 1994). Auch neuere Untersuchungen (vgl. u. a. Carius et al. 2006) lassen keine dominierenden Typologien von Umweltkonflikten erkennen. So kommen auch Autoren wie Colin Kahl (2006) zu dem Ergebnis, dass Umweltveränderungen – auch infolge des Klimawandels – immer dann zu gewaltsamen Konflikten führen können, wenn die soziale Kluft zwischen den gesellschaftlichen Gruppen groß ist und politische Steuerungsmechanismen nicht ausreichen um gegenzusteuern. Auch Helmut Breitmeier geht von der These aus, dass gewisse sozio-ökonomische Bedingungen und Governance-Strukturen ausschlaggebend dafür sein werden, ob der Klimawandel zu friedlichen oder gewaltförmigen Konflikten führen wird. Bereits jetzt sollten geeignete Governance-Strukturen geschaffen werden, die eine friedliche Konfliktbearbeitung in Zukunft ermöglichen.

#### 4 Fazit

Entgegen allen Hoffnungen und Erwartungen ist die Welt nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes nicht friedlicher geworden. Auch wenn sich die aktuellen Krisen und Konflikte zumeist weiter zurückverfolgen lassen, sind Kriege – und das ist das eigentlich Neue mit dem Ende des Kalten Krieges – in Europa wieder führbar geworden. Dies umfasst Konflikte wie auf dem Balkan, die seit den 1990er Jahren militärisch ausgetragen werden, aber auch militärische Gewalt zur Durchsetzung internationalen Rechts. Damit steht die Friedensforschung dringender denn je vor der Herausforderung, auf militärische Gewalt eine Antwort zu finden. Gerade mit dem neuen Konstrukt der militärischen Intervention tut sich der Zwiespalt zwischen den Gefahren einer Entgrenzung der Gewalt und der Kapitulation vor ungerechter Gewalt neu auf. Damit ist die bis in die Antike zurückgehende Frage, ob man im Namen des Guten Krieg führen dürfe, wieder aktuell und hoch brisant. Die beiden in diesem Band in den Blick genommenen Konzepte – das völkerrechtliche Konzept der *Responsibility to Protect* sowie das kirchliche Konzept des Gerechten Friedens – sind Ausdruck und Teil dieser friedenspolitischen Ambivalenz.

Mit dem Ende des Ost-West-Konflikts und des Kalten Krieges eröffnen sich aber auch Chancen einer Friedenspolitik, die nicht vorrangig auf militärische Mittel, sondern auf Soft Power setzt. Die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa und die Erweiterungspolitik der Europäischen Union geben Hoffnung und setzen Zeichen. Dennoch ist auch die Europäische Union als Krisen- und Konfliktbearbeiter herausgefordert. Dabei stellt sich in gleicher Weise die Frage, inwieweit die EU mit ihrer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik einschließlich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität noch als Zivilmacht gelten kann. Eines deutet sich mit der Europäischen Union aber be-



reits an: Eine erfolgreiche Friedenspolitik wird wesentlich von den Kapazitäten ziviler Konfliktbearbeitung – den Anstrengungen zur Stabilisierung durch Demokratisierung, Menschenrechte, wirtschaftlichen Aufbau, Entwicklung und Zusammenarbeit – sowie vom Zusammenspiel zwischen zivilem und militärischem Konfliktmanagement abhängen.

### Literaturverzeichnis

- Bächler, Günther/Böge, Volker/Klötzli, Stefan/Libiszewski, Stefan/Spillmann, Kurt R.* (Hrsg.), 1996: *Kriegsursache Umweltzerstörung – Ökologische Konflikte in der Dritten Welt und Wege ihrer friedlichen Bearbeitung*, ENCOP Final Report, vol. 1 (Chur – Zürich: Rüegger), 292.
- Beichelt, Timm*, 2004: *Die Europäische Union nach der Osterweiterung*. Wiesbaden.
- Carius, Alexander/Tänzler, Dennis/Winterstein, Judith*, 2007: *Weltkarte von Umweltkonflikten – Ansätze zur Typologisierung*, Potsdam, Berlin, im Internet verfügbar unter: [www.wbgu.de/wbgu\\_jg2007\\_ex02.pdf](http://www.wbgu.de/wbgu_jg2007_ex02.pdf).
- Homer-Dixon, Thomas F.*, 1994: *Environmental Scarcities and Violent Conflict: Evidence From Cases*, *International Security* 19: 1, 4-40.
- Homer-Dixon, Thomas F.*, 1999: *Environment, Scarcity and Violence*. Princeton.
- Duchêne, François*, 1973: *Die Rolle Europas im Weltsystem: Von der regionalen zur planetarischen Interdependenz*, in: *Kohnstamm, Max/Hager, Wolfgang* (Hrsg.), *Zivilmacht Europa – Supermacht oder Partner*. Frankfurt a. M., 11-35.
- European Union*, 2003: *A Secure Europe in a Better World*. *European Security Strategy*. Brussels.
- Evangelische Kirche in Deutschland*, 2007: *Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen*. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Gütersloh.
- Fukuyama, Francis*, 1992: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* Berlin.
- Geis, Anna* (Hrsg.), 2006: *Den Krieg überdenken. Kriegsbegriffe und Kriegstheorien in der Kontroverse*. Baden-Baden.
- Kahl, Colin H.*, 2006: *States, Scarcity, and Civil Strifes in the Developing World*. Princeton.
- Kaldor, Mary*, 1999: *New & Old Wars: Organized Violence in a Global Era*. Stanford.
- Kernic, Franz*, 2007: *Die Außenbeziehungen der Europäischen Union*. Frankfurt a. M.
- Koopmann, Martin/Lequesne, Christian* (Hrsg.), 2006: *Partner oder Beitrittskandidaten? Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union auf dem Prüfstand*. Baden-Baden.
- Münkler, Herfried*, 2002: *Die neuen Kriege*. Reinbek bei Hamburg.
- Nye, Joseph S.*, 2004: *Soft Power. The Means to Success in World Politics*. Cambridge.
- Schlotter, Peter* (Hrsg.), 2003: *Europa – Macht – Frieden? Zur Politik der „Zivilmacht Europa“*. Baden-Baden.
- Tocci, Nathalie*, 2007: *The EU and Conflict Resolution: Promoting Peace in the Backyard*. London.

- Varwick, Johannes/Lang, Kai Olaf* (Hrsg.), 2007: European Neighbourhood Policy: Challenges for the EU-Policy. Towards the New Neighbours. Opladen.
- Werkner, Ines-Jacqueline*, 2009: Die Rolle der EU zwischen westlichen und östlichen hegemonialen Interessen – Eine Analyse des russisch-georgischen Krieges, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Auf dem Weg zum neuen Kalten Krieg? Vom neuen Antagonismus zwischen West und Ost. Münster, 88-112.